Amtlich: Innenminister Lorenz Caffier entzieht Ostseebad Boltenhagen zum 1. Juli die Amtsfreiheit



Umzugskartons müssen die Mitarbeiter der Boltenhagener Verwaltung bald packen und ins Amtsgebäude Klütz bringen. Foto: Franz Bökelmann

Boltenhagens Verwaltung muss nach Klütz umziehen

Das Innenministerium reagiert mit einer Verordnung auf anhaltende Verwaltungsmissstände in Mecklenburg-Vorpommerns kleinster amtsfreier Gemeinde.

Von Kerstin Schröder

Boltenhagen – Das Ostseebad Boltenhagen verliert zum 1. Juli die Amtsfreiheit und wird dem Amt Klützer Winkel zugeordnet. Innenminister Lorenz Caffier (CDU) hat gestern eine entsprechende Verordnung unterzeichnet. Das Ministerium reagiert damit auf die anhaltenden Verwaltungsmissstände in Mecklenburg-Vorpommerns kleinster amtsfreier Gemeinde.

„In keinem vergleichbaren Fall hat das Innenministerium auf der Suche nach Auswegen so viel personelle Unterstützung geleistet wie hier", sagt Lorenz Caffier. Fakt sei aber, „dass die Leistungsfähigkeit der Verwaltung unzureichend, die Gemeindeorgane tief zerstritten und die Mitarbeiter dadurch verunsichert und demotiviert sind". Bei einer so kleinen Gemeinde wie Boltenhagen könne eine eigenständige Verwaltung aber nur zufriedenstellend funktionieren, wenn alle Rahmenbedingungen stimmen.

Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) ist enttäuscht, dass der Innenminister bei seiner Entscheidung nicht den Willen der Einwohner berücksichtigt habe. „Boltenhagen ist eine gesunde Gemeinde, die weiterhin Bestand haben könnte, wenn sich nicht eine politische Minderheit entschlossen hätte, die Amtsfreiheit aufzugeben", so Claus. Er sieht im Verlust der Amtsfreiheit „den Höhepunkt einer politischen Kampagne" der CDU auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene.

> „Die Leistungsfähigkeit der Gemeinde Boltenhagen ist unzureichend."
>
> **Lorenz Caffier (CDU), Innenminister**

„Wenn Herr Claus so etwas behauptet, leidet er offensichtlich unter Verfolgungswahn. In seiner Verschwörungstheorie fehlen nur noch das Kanzleramt und der heilige Papst in Rom", entgegnet Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg (CDU). Der Bürgermeister sollte sich lieber die Frage stellen, ob er mit vernünftiger Arbeit nicht hätte mehr tun können, um das Ruder noch herumzureißen.

Innenminister Caffier kann den Wunsch der Boltenhagener, dass die Gemeinde aus eigener Kraft ihre Verwaltungsmisere in den Griff bekommen soll, verstehen, doch er sei „realistisch gesehen nicht erfüllbar". In dieser Beurteilung sei sich das Ministerium mit dem Kreis und unabhängigen Beratern einig. „Das Prinzip Hoffnung kann keine Handlungsmaxime der Rechtsaufsicht sein", betont Caffier. Eine effizient agierende Verwaltung müsse möglichst schnell wiederhergestellt werden. Das könne nur durch eine Zuordnung zum Amt Klützer Winkel erreicht werden. „Ich weiß, das ist für viele Boltenhagener ein schmerzlicher Prozess. Ich weiß aber auch, dass ein solcher Prozess in vergleichbaren Fällen in Zinnowitz und Hiddensee letztlich von den Bürgern akzeptiert wurde", so Caffier.

„Der 1. Juli war nicht unser Wunschtermin, aber bis dahin wird ein geordneter Übergang möglich sein", sagt Dietrich Neick, Amtsvorsteher des Amtes Klützer Winkel. Gemeinsam mit Boltenhagen müsse nun ein Vertrag erarbeitet werden, in dem beide Seiten ihre Bedingungen festlegen. „Eine Außenstelle ist möglich, wenn Boltenhagen sie finanziert", sagt Neick.

Das Innenministerium hat angeordnet, dass das Amt alle Mitarbeiter aus Boltenhagen übernimmt. „Umbauen müssen wir das Gebäude in Klütz nicht. Wir müssen nur enger zusammenrücken", so Neick.

Das Innenministerium hat sich bewusst für einen verhältnismäßig langen Zeitraum zwischen Erlass und Inkrafttreten der Verordnung entschieden. Er soll den Beteiligten ermöglichen, das Zusammenführen der den Verwaltungen gründlich vorzubereiten und die Verordnung rechtlich überprüfen zu lassen.

Überfällige Entscheidung



Kerstin Schröder zur Verordnung, dass Boltenhagen an das Amt Klützer Winkel angeschlossen wird.

Endlich! Eine Entscheidung ist getroffen. Sie war mehr als überfällig. Seit die Gemeindevertreter dem Bürgermeister im Mai 2009 vorwarfen, den Dienstwagen für private Fahrten genutzt zu haben, lagen sie mit Olaf Claus im Dauerclinch. Mit jedem Beschluss, den der Verwaltungschef nicht umsetzte, kochten die Gemüter höher. Persönliche Befindlichkeiten wurden in den Vordergrund gestellt, der Bürgermeister sieht sich als Opfer einer politischen Kampagne. Doch geht es tatsächlich um Politik? Emotionslos betrachten lässt sich der Personalbestand der Verwaltung. Fallen Mitarbeiter aus, bleiben Akten liegen, die Belange der Bürger auf der Strecke. Aktuell sind vier Mitarbeiter krank, knapp die Hälfte. Eine Privatfirma würde so schnell in die Insolvenz schlittern.

In Boltenhagens Verwaltung sind zurzeit die wichtigsten Stützpfeiler, Kämmerei und Bauamt, nicht besetzt, obwohl Haushalt und Strandhotel dringend auf den Weg gebracht werden müssen. Im Amt Klützer Winkel sind die Abteilungen mit mehreren Leuten besetzt, sie greifen sich gegenseitig unter die Arme. In verschiedenen Bereichen kooperieren die Ämter bereits seit Jahren. Tun sie sich ganz zusammen, ist das Verwaltungsproblem gelöst – und dann könnte es tatsächlich wieder um die Politik gehen.

DREI FRAGEN AN...



. . . Gemeindevorsteher Christian Schmiedeberg (CDU)

1 Sie haben Ihren Rücktritt angeboten und das mit der Forderung nach dem Rücktritt von Bürgermeister Olaf Claus verbunden – war das ernst gemeint? Aber ja. Der Hintergrund ist ein ganz einfacher: Bei dem Anschluss an das Amt Klützer Winkel bleibt der Bürgermeister im Ruhestand wohl der Gemeinde erhalten. Dessen Bezüge im Ruhestand würden die Gemeindekasse erheblich belasten, und das über die Legislaturperiode hinaus.

2 Wieso verknüpfen Sie diese Forderung jetzt mit ihrem eigenen Rücktritt? Olaf Claus hatte meinen Rücktritt auf seiner Internetseite gefordert. Das finde ich zu einseitig. In die Gemeinde soll wieder Ruhe kommen. Wenn das durch den erklärten und vollständigen Rücktritt von Olaf Claus und mir erreicht würde, wäre ich dazu bereit.

3 Heißt das, Sie würden alle politischen Ämter ruhen lassen? Es heißt nicht, dass ich mich komplett aus der Politik zurückziehe. Aber ich würde mein Mandat in der Gemeindevertretung und meine Funktion als Gemeindevorsteher niederlegen, wenn Olaf Claus genau so konsequent handelt. Um Schaden von der Gemeinde abzuwenden und einen Neustart zu ermöglichen.

Interview: *Nick Vogler*

Chronik

Im Mai 1990 fand in Boltenhagen die erste Kommunalwahl statt, 21 Mitglieder wurden in das Gremium gewählt. Sie haben den ersten hauptamtlichen Bürgermeister, Rüdiger Hilscher, ernannt. Schon damals wurde Boltenhagen eine Amtszusammenlegung nahegelegt, weil es eine Flut an Anfragen von Investoren gab und viele ungeklärte Grundstücksangelegenheiten. Es gab sogar eine Verordnung und einen Beschluss der Gemeindevertretung, sich dem Amt Klützer Winkel anzuschließen. Doch dann kam Rudolf Boller, ein Beamter im Ruhestand aus Schleswig-Holstein. Er wollte die Eigenständigkeit der Gemeinde bewahren und beriet sie, gegen die Verordnung zu klagen. Tatsächlich erklärte das Oberverwaltungsgericht die Verordnung für unzulässig – wegen eines Formfehlers. Boller wurde dann eingestellt, er leitete die Kämmerei und das Hauptamt. 1997 ging er mit 65 Jahren in den Ruhestand.

1999 wurde der erste Bürgermeister direkt durch die Bevölkerung gewählt. Der Sieger Heinz Schmidt musste allerdings wegen seiner Stasi-Vergangenheit schon wenige Monate später wieder seinen Hut nehmen. Seine Nachfolgerin wurde Christiane Meier, 2007 übernahm Olaf Claus das Amt. Seit seiner Dienstwagenaffäre im Mai 2009 liegt er im Dauerclinch mit der Gemeindevertretung. ks

Bürger debattieren Schuldfrage

Boltenhagen – Die Prüfberichte der Gutachter zur Arbeitsweise der Verwaltung erhitzen nach wie vor die Gemüter in Boltenhagen. Viele Einwohner haben sie während der öffentlichen Auslegung gelesen, und einige kommen zu dem Schluss: Die Schuld an aufgezeigten Verfehlungen sei nicht dem Bürgermeister allein anzulasten. „Sie als Legislative haben die Exekutive zu kontrollieren", warf Swen Bertram den Gemeindevertretern auf der jüngsten Sitzung vor.

„Es ist in der Tat richtig, dass es in den Prüfberichten eine Reihe von Ungereimtheiten gibt, die uns entsetzt haben", räumt Christian Schmiedeberg (CDU) ein. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bat aber um Verständnis, dass der Rechnungsprüfungsausschuss nur stichprobenartig habe prüfen können: „Wir machen das ehrenamtlich in unserer Freizeit."

Dieter Büchner fragte, ob es auch Prüfberichte aus den Jahren vor 2006 gab. Bürgermeister Olaf Claus (parteilos), der seit 2007 im Amt ist, bestätigte, dass er Prüfberichte über die Jahre 1999 und 2001 sowie über die Jahre 2004 und 2005 kenne. „Sie lagen meiner Vorgängerin, Christiane Meier, vor und in allen Fällen hieß es, dass die aufgezeigten Mängel beseitigt würden", so Olaf Claus.

Günter Werner hat nach eigener Aussage den Prüfbericht „studiert". „Und ich habe festgestellt, dass jede kleine Verfehlung des Bürgermeisters groß herausgestellt wird, die Verfehlungen der Kämmerin – und das sind etwa zwei Drittel – kaum zum Tragen kommen", kritisierte der Rentner. Er finde es nicht in Ordnung, dass unter diesen Voraussetzungen die Kämmerin wieder in die Verwaltung geholt wurde. Christian Schmiedeberg hielt ihm entgegen: „Dass sich die Gemeindevertretung nur an den Bürgermeister hält, liegt daran, dass sie nur Dienstherr des Bürgermeisters ist." Dieser sei aber Vorgesetzter der Verwaltung und habe dafür zu sorgen, dass dort richtig gearbeitet wird.

Sylvia Kartheuser